

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

14.2.1929 (No. 38)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Zeitung Nr. 14  
Verlags-  
druckerei  
Nr. 953  
und 954  
Postkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3516

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierarbeit gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sturm, Anstreichen, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche auf die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheinend. — Für telephonische Abrechnung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abrechnung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Pariser Schuldenkonferenz

Die deutsche Wirtschaftslage

Der Sachverständigenausschuß hielt am Mittwoch in Paris wieder zwei Sitzungen ab, in denen die am Dienstag begonnene Aussprache über die deutsche Wirtschaftslage fortgesetzt wurde.

In der Vormittagsitzung verlas der Vorsitzende Owen Young die Antwort des Generals Dawes auf das Begrüßungs-telegramm des Komitees, das wie folgt lautet: „Ich bestätige Ihnen den Empfang des Grusses des Sachverständigenausschusses. Die Welt erwartet im Vertrauen auf das hohe Ziel und die Bedeutung des großen Werkes hoffnungsvoll dessen Vollendung, die so wesentlich für das Wohlergehen der Welt ist.“

Auf Ersuchen der Mitglieder des Ausschusses machten Reichsbankpräsident Dr. Schacht und seine Kollegen von der deutschen Delegation Ausführungen über bestimmte Punkte, betr. die deutsche wirtschaftliche Lage, wie sie im letzten Bericht des Generalagente für die Reparationszahlungen Barter Gilbert dargelegt sind, besonders betreffend das Lebenshaltungsniveau Deutschlands, verglichen mit dem der anderen Nationen. Der deutschen Delegation wurden, wie „Gadass“ mitteilt, verschiedene Fragen über Einzelheiten gewisser Titel des Reichsbudgets gestellt. Dr. Schacht wurde ersucht, sich über den Stand der gegenwärtigen Prosperität der deutschen Industrie sowie über die deutsche Handelsbilanz zu äußern. Die deutsche Delegation hat umfangreiches Material und zahlreiche Statistiken vorgelegt, die die Sachverständigen in ihren Einzelheiten werden prüfen müssen. Wie man sieht, ist der Ausschuss erst noch bei seiner Untersuchungsarbeit ziemlich allgemein, die wahrscheinlich noch mehrere Tage fortgesetzt werden wird.

Paris, 14. Febr. (Tel.) Über die gestrigen Beratungen des Reparationsfachverständigenausschusses berichtet der „Matin“. Dr. Schacht habe daran erinnert, daß die Handelsbilanz Deutschlands ein Defizit in Höhe von 1 Milliarde aufweise. Damit die Dawesannuitäten bezahlt werden könnten, sei ein größerer Überschuß in der Handelsbilanz notwendig. Andererseits müßten auch bei den Einfuhr- und Ausfuhrziffern die Reparationszahlungen in Berücksichtigung gezogen werden. Dr. Schacht habe außerdem die nach seiner Ansicht zu optimistischen Schlussfolgerungen Barter Gilbert hinsichtlich der budgetären Einnahmen aus den fünf verpfändeten Einnahmequellen (Zoll, Tabak, Bier, Alkohol und Zuder) erwidert. Schließlich haben Dr. Schacht und seine Kollegen über die Lage der deutschen Industrie gesprochen. Die Diskussion wird heute fortgesetzt werden.

„Echo de Paris“ erklärt, wahrscheinlich werde die Prüfung dieser allgemeinen Fragen die ganze Woche in Anspruch nehmen. Trotz hier unläufiger tendenziöser Gerüchte bleibe der Eindruck von dem Verlauf der Verhandlungen gut. „Chicago Tribune“ erklärt: Die Verhandlungen gingen dreimal so schnell voran, als man vorher angenommen hatte, und werden, wenn dieses Tempo beibehalten würde, schon in einem Monat zu Ende sein, statt in 2 oder 3 Monaten, wie man geglaubt hat.

### Propaganda Louis Dubois'

Paris, 14. Febr. (Tel.) Der ehemalige Vorsitzende der Reparationskommission, Abg. Louis Dubois, sucht offenbar bei den Sachverständigen des Reparationsausschusses für seine Gedanken Propaganda zu machen. Er hat lt. „Avenir“ gestern jedem Delegierten ein Exemplar eines von ihm verfaßten, jedoch erschienenen Buches überreichen lassen, das sich auf die französischen Schuldenabkommen mit den Vereinigten Staaten und England und auf den Dawesplan bezieht.

Der deutsche Olympialämpfer, Meisterläufer Engelhardt, Darmstadt, erlitt beim Boxtraining in der Deutschen Hochschule für Reibesübungen im Sportforum zu Berlin einen schweren Unfall. Von seinem Gegner erhielt er einen Schlag, daß er bewußlos liegen blieb. Man schaffte ihn ins Krankenhaus.

Einer Gasvergiftung erliegen sind in Bamberg eine 50jährige Witwe und ihre 20jährige Tochter. Es muß ein Mordbruch außerhalb des Hauses vorliegen, da die Hausleitungen in Ordnung sind.

Vom Berliner Schöffengericht Mitte wurde der 20jährige Schleifer Edmund Kutz, der in 18 Fällen Wehrlingen und Schülern in raffinierter Weise ihre Fahrräder abgestohlen hatte, zu 2 Jahren und 1 Monat Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte hat im Untersuchungsgefängnis sich mit einem Kopierstift die Reithaut beider Augen verletzt und ist völlig erblindet. Als Grund gab er an, daß er wegen Krankheit und wegen seiner Zuchthausvergangenheit lebensüberdrüssig war.

In Gindenburg (Oberschlesien) drang der mit seiner Ehefrau in Scheidung lebende 33 Jahre alte Arbeitslose Wons in die Wohnung des Nachbarn, wo sich seine Frau aufhielt, ein und feuerte acht Schüsse auf die Anwesenden ab. Seine Frau und vier weitere Personen wurden schwer verletzt. Mit dem letzten Schuß tötete dann der Täter sich selbst.

In Altona erschoss ein Schüler der 4. Klasse einen Schulkameraden mit einem Messing. Die Schüler waren infolge des Korfalles so aufgeregt, daß der Unterricht geschlossen werden mußte.

Bei dem Zusammenstoß des D-Zuges 55 mit dem Albergzug in Heberharrersfeld sind drei Personen schwer und 32 leicht verletzt worden. Unter den Verletzten befindet sich die Gattin des früheren Generaldirektors der österreichischen Bundesbahnen, Majkap. Auch das Personal des Speisewagens erlitt zum Teil leichtere Verletzungen.

### Letzte Nachrichten

#### Verstärkter Flugverkehr zwischen Schweden und Deutschland

Berlin, 14. Febr. (Tel.) Die starke Vereisung der Ostsee hat bekanntlich den Fährdienst vollkommen lahmgelegt. Dem dringenden Wunsch der Post, vieler Passagiere und Verfrachter entsprechend, hat die Deutsche Luftflotte die in Betrieb befindliche Strecke Hamburg-Kopenhagen bis Malmö verlängert. Außerdem ist auch mit sofortiger Wirkung die Strecke Lübeck-Trarvsmünde-Kopenhagen bis Malmö verlängert worden, so daß eine schnelle Tagespost, Fracht- und Passagierverbindung auch zwischen Berlin und Malmö geschaffen ist. Auf der Strecke Kopenhagen-Malmö erfolgt demnach doppelter Tagesbetrieb in jeder Richtung, solange die miltischen Verhältnisse in der Ostsee anhalten.

#### Der Hamburger Hafen nicht geschlossen

Hamburg, 14. Febr. (Tel.) Gegenüber anderslautenden Meldungen wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß der Hamburger Hafen und das Fahrwasser der Unterelbe nach wie vor für die Schifffahrt offen sind.

#### Konflikt im polnischen Senat

Warschau, 14. Febr. (Tel.) Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des polnischen Parlamentarismus hielt in der gestrigen Senatsitzung der Senatsmarschall Szymanski eine Festrede, in der er sich über die Tätigkeit des letzten Sejms außerordentlich abfällig äußerte. Die Senatoren der radikalen Bauernpartei Bysswolnie verließen deshalb noch während der Rede des Senatsmarschalls die Sitzung. Der Sozialdemokrat Strug protestierte dann im Namen der Linksparteien gegen die Ausfälle des Senatsmarschalls. Der Senat hat dann einstimmig der Ratifizierung des Kriegerbüchenspauses zugestimmt.

Gehemter Franz Oppenheim. Nach einer Meldung aus Kairo ist dort Geh. Regierungsrat Dr. Franz Oppenheim, Aufsichtsratsmitglied der F.-G.-Farbenindustrie und ehemaliger Generaldirektor der Altiengesellschaft für Nitrofabrikation (Alfa) im Alter von 77 Jahren einem Grippeanfall erlegen. Oppenheim, der im Jahre 1880 die Alfa begründete und bis zu ihrem Übergang in die F.-G.-Farbenindustrie leitete, galt als Führer der chemischen Industrie Deutschlands.

Dolmetscher Camerlynk. In Paris starb der Dolmetscher der Völkervereinigung, Professor Camerlynk, im Alter von 59 Jahren an Grippe. Er war als unergieblicher Kenner zahlreicher lebender Sprachen berühmt, und hatte als amtlicher Dolmetscher an allen internationalen Konferenzen teilgenommen, so in Spa, San Remo, Washington, Cannes und Genoa. Er war ferner der Dolmetscher des Völkerbundes, der Reparationskommission und des Transferkomitees. Am vergangenen Mittwoch hatte er noch an der Unterredung zwischen Poincaré und Barter Gilbert teilgenommen.

Mißglückter Anschlag auf den Präsidenten von Venezuela. Auf den Diktator und Präsidenten von Venezuela, Gomez, wurde ein Anschlag verübt, der jedoch mißglückte. Während sich der Präsident mit einigen Begleitern auf einer Automobilsafari in der Nähe von Maracaibo, einer unweit Caracas gelegenen Stadt, befand, wurden von sechs Männern, die in einem zweiten Auto gefolgt waren, Schüsse auf den Präsidenten abgegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Die Begleiter des Präsidenten erwiderten das Feuer und töteten alle sechs Angreifer. Der Präsident und seine Begleiter blieben unverletzt.

Die Krise in der Deutschen Friedensgesellschaft. In der Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Berlin, in der es zu einem großen Austritt von Mitgliedern aus dem Vorstande kam, hat auch Dr. Rosenbergs, Freiburg, der Vorsitzende des Landesverbandes Baden, sein Amt niedergelegt.

Der hartnäckige De Valera. Auf Ersuchen des Ministerpräsidenten des irischen Freistaates, Cosgrave, hat der Minister des Innern von Nordirland De Valera die Haftentlassung antragen lassen. Dieser wollte jedoch die Gnadenmaßnahmen nicht annehmen, da er sich hätte verpflichten müssen, das Gebiet von Nordirland nicht mehr zu betreten.

Trotsky ist in Konstantinopel eingetroffen.

Präsident Coolidge hat das Gesetz über das amerikanische Kreuzerbauprogramm unterzeichnet.

#### Unzuverlässige Kältemessungen

Vielach werden jetzt Messwerte der Kälte angegeben, die aber nicht immer richtig sind. Bei minus 30 Grad Celsius hat das Quecksilber bekanntlich seinen Gefrierpunkt. Bei diesem Kältegrad werden alle Quecksilberthermometer unbrauchbar; selbst bei Annäherungen an diese Temperaturen sind die Messungen, wie die Technik beweisen hat, nicht mehr unbedingt zuverlässig. Alle Temperaturen über 30 Grad Kälte, wie sie in den letzten Tagen aus den verschiedensten Gegenden gemeldet wurden, sind, sobald sie nicht von meteorologischen Stationen kommen, meistens unzutreffend. Die Wetterstationen verwenden, um genaue Messungen zu haben, als Minimumthermometer nicht Quecksilber, sondern Alkoholthermometer.

In einem polnischen Dorfe sind vier Gehöfte und ein großes Wirtschaftsgebäude niedergebrannt, da infolge der großen Kälte das Wasser in den Schläuchen gefror. Die Tuchfabrik von Kühn & Mohr in Kottbus ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

### Die Klagen der Länder gegen das Reich

Baden und die Eisenbahnabfindungsfrage

Von einem unserer Mitarbeiter wird uns geschrieben: Bekanntlich erheben die Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden, sowie Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg gegen das Reich eine Reihe von Entschädigungsansprüchen. Über die Höhe der Summen im einzelnen gehen die Angaben auseinander. Nach den Mitteilungen des preussischen Ministerpräsidenten Brauns handelt es sich um folgende Forderungen:

Preußen erhebt Anspruch auf Entschädigung für durch Ausführung des Friedensvertrages verlorenes nutzbares Staatseigentum einschließlich der Saargruben ohne Oberschlesien, vom Reich geschätzt auf 3 1/2 Milliarden Goldmark. Darauf wurden bisher abbezahlt 50 Millionen im Jahre 1925, für entgangenen Gewinn aus den Saargruben bisher nichts. Weiter fordert Preußen das Restkaufgeld aus dem Übergang der preussischen Eisenbahn auf das Reich in Höhe von 4,8 Milliarden Papiermark, entsprechend aufgewertet mit Zinsen, sowie die Rückzahlung eines im Jahre 1920 von Preußen an das Reich für den Betrieb der Reichsbahn gezahlten Vorkaufschusses, der sich zur Zeit mit Zinsen auf 35,7 Millionen berechnet, sowie noch eine Reihe kleinerer Posten.

Bayern fordert Entschädigung für die staatlichen Kohlengruben im Saargebiet (Wfalz) in Höhe von 30 Millionen (es hat bisher 5,1 Millionen im Jahre 1926 erhalten). Ferner wird verlangt, Restentschädigung aus dem Übergang der Eisenbahnen 560 Millionen Papiermark, deren Aufwertung beansprucht wird, Restentschädigung aus dem Übergang der Post 620 Millionen Papiermark, deren Aufwertung verlangt wird, Aufwertung der Sonderbiersteuerabfindung.

Württemberg verlangt 1300 Millionen Papiermark für die Eisenbahn, deren Aufwertung verlangt wird, und ebenso Restentschädigung aus dem Übergang der Post 250 Millionen Papiermark, deren Aufwertung gleichfalls verlangt wird, sowie die Aufwertung der Sonderbiersteuerabfindung. Die letztere Aufwertung wird von den beiden Ländern und auch von Baden deshalb gefordert, weil das Gesetz vom 9. April 1927 und die vorhergehenden Gesetze durch den Staatsgerichtshof als ungültig erklärt worden sind.

Hessen verlangt Restentschädigung aus dem Übergang der Eisenbahn 221 Millionen Papiermark, Mecklenburg-Schwerin 25 Millionen Papiermark, Oldenburg 205 Millionen Papiermark, deren Aufwertung beansprucht wird. Die Forderung Sachsens beträgt nach einer Mitteilung der „Sächsischen Staatszeitung“ 577 321 066,67 Goldmark.

Die badische Forderung für die Eisenbahn hat der Herr Finanzminister im Landtag auf rund 275 Millionen angegeben.

Was speziell die Eisenbahnabfindungen angeht, so machen die Forderungen der Länder insgesamt rund 7-8 Milliarden Goldmark aus. Auf diese Ansprüche fordert Bayern im Klagewege den Betrag von jährlich 5 126 700 Reichsmark, in Vierteljahresraten und Nachzahlung der seit dem 1. Oktober 1923 fälligen Raten, Württemberg Zinsen auf das Kalenderjahr 1924 in Höhe von mindestens 35 150 062,67 Reichsmark, Baden Zinsen für das Kalenderjahr 1924 in Höhe von 12 268 700,34 Reichsmark, Sachsen fordert Feststellung der ihm vom Reich noch geschuldeten Kaufgeldrestabfindung unter Zugrundelegung einer 66 2/3prozentigen Aufwertung, Tilgung dieses Betrages in 30 Jahresraten und Zahlung der Zinsen zu 4 1/2 Proz. von der Restschuld einschließlich der bis zum 1. Januar 1924 rückständigen Zinsen.

Preußen hat keine Klage gegen das Reich erhoben, macht aber seine Forderungen gleichwohl energisch geltend. Gefragt haben die Länder Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden. Die Länder Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg haben bisher, wie Preußen, von einer Klage abgesehen.

Daß das Reich jetzt nicht in der Lage ist, die Kapitalkosten, die von den einzelnen Ländern hier gefordert werden, zurückzahlen, ist klar. Damit dürfte auch wohl keine der in Frage kommenden Länderregierungen rechnen. Warum dann, so könnte man fragen, trotzdem die Klage der Länder beim Staatsgerichtshof, die der Staatsautorität und dem Reichsgedanken nicht gerade zuträglich ist? Die Schuld hieran liegt nicht bei den Ländern. Die von ihnen angestrebten, mit dem Reich geführten Ver-

handlungen, haben sich über mehrere Jahre hingezogen, aber zu keinem Ergebnis geführt. Das Reich hat ständig geögert, zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung zu nehmen, so daß den Ländern ihr Schritt schließlich aufgenötigt wurde, um endlich Klarheit zu schaffen. Sehr zutreffend scheint uns das zu sein, was der Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Gedrich in einem Aufsatz in der „Sächsischen Staatszeitung“ schreibt: „Der Schritt der Länder sei unter dem Gesichtspunkt verständlich, daß sie es vor den Nachfahren nicht glauben verantworten zu können, ihre sehr erheblichen Ansprüche allmählich dadurch verlieren zu lassen, daß der Rechtsgegner mit der einfachen Begründung nicht zahlen zu können, der Entscheidung aus dem Wege geht.“

In der „Deutschen Bodensee-Zeitung“ (35 vom 12. Februar) findet sich in einem „von politischer Seite“ eingesandten Artikel, „Man soll die Kirche beim Dorf lassen“, u. a. die Bemerkung, daß nicht alle süddeutschen Länder aus eigenem freien Willen gegen das Reich geklagt hätten, sondern erst nachdem sie „durch freundschaftliche Rippenstöße dazu von Nachbarn aufgefordert“ wurden. Auf Baden trifft diese Bemerkung, jedenfalls in keiner Weise zu. Zuerst ist die Klage auf die Restabfindung von Sachsen erhoben worden. Dann klagte Württemberg. Die badische Regierung hat ihre Klage erst am 28. Dezember 1928 eingereicht, also zum letzten und äußersten Termin, wo es überhaupt noch möglich war. Die Klage Badens wäre nach den Mitteilungen des Herrn Finanzministers im Landtag nicht erfolgt, wenn das Reich rechtzeitig die Mitteilung gegeben hätte, daß es auf die Einrede der Verjährung verzichte. Am 27. Dezember nachmittags wurde der Beschluß des Staatsministeriums herbeigeführt, daß die Klage eingereicht werden solle, und am 28. Dezember, nachmittags drei Uhr, kam die Antwort des Reiches, daß auf die Einrede der Verjährung verzichtet werde. Der Herr Finanzminister hat zu diesen Mitteilungen wörtlich bemerkt: „Sie können sich vorstellen, mit welchen Empfindungen ich diese Nachricht vom Reich bekommen habe. Wenn die Nachricht früher gekommen wäre, wären wir in der Lage gewesen, einen Beschluß zu fassen, die Klage nicht zu erheben. Es ist kein Wunder, wenn Mißtrauen bei solchen Vorgängen entsteht. Das hätte man uns doch auch rechtzeitig sagen können.“ Die badische Regierung hätte sich also der Sachlage nach einer Pflichtverletzung schuldig gemacht, wenn sie die Klage nicht erhoben hätte. „Freundschaftliche Rippenstöße von Nachbarn“ sind also nicht die Veranlassung zur Klage Badens gewesen, sondern das unverständliche Bögen der Reichsregierung mit einer klaren Antwort.

In dem bereits erwähnten Artikel der „Deutschen Bodensee-Zeitung“ wird der Nachweis versucht, daß Badens Staatshaushalt keine Entlastung erfahren würde, wenn es heute seine Eisenbahnen noch hätte, sondern eine Belastung. Die Steuerlast würde nicht gemildert, sondern verschärft werden. Schon in Friedenszeiten hätten in Baden allgemeine Steuern für die Eisenbahnen aufgewendet werden müssen, weil die Einnahmen nur für die Verzinsung, aber nicht zur Tilgung der Eisenbahnschuld gereicht hätten. Das Reich besitze aber in der Eisenbahn keine Einnahmequelle, da diese Reparationsobjekt geworden sei.

Diese Betrachtungsweise ist vollkommen abwegig. Man hat vielmehr mit der Tatsache zu rechnen, daß die Länder, darunter auch Baden, dem Reich ihre Eisenbahnen hingegeben haben. Wenn auch richtig ist, daß seinerzeit in Baden allgemeine Steuern für die Eisenbahn aufgewendet werden mußten, so ist doch damit nicht das mindeste gegen die Forderung Badens bewiesen, daß das Reich verpflichtet ist, die Restkaufschädigung für die badischen Bahnen und die angelaufenen Zinsen daraus zu bezahlen, denn Baden hat ja den gesamten Wert seiner Bahnen an das Reich abgetreten, mit allen Rechten. Daher ist der in einem anderen Artikel („Sol“ Nr. 28 vom 2. Februar 1929) der „Deutschen Bodensee-Zeitung“ gezogene Schluß durchaus zutreffend, daß wir in Baden nicht nur kein Defizit im Staatshaushalt hätten, sondern vielleicht sogar niedrigere Steuern, wenn das Reich seinen Zahlungsverpflichtungen nachgekommen wäre. Sollte etwa Baden auf jede Entschädigung verzichten, weil die badischen Bahnen ein sog. Aufschubbetrieb gewesen sind? Das hieße doch ein Volksgut verschleudern. Mit demselben Recht könnte in der Privatwirtschaft von einem Unternehmer verlangt werden, daß er seinen Betrieb mit Gebäuden, Grund und Boden, Maschinen und sonstigen Anlagen herksucht, weil er mit Unterbilanz arbeitet. Der Gedanke ist absurd.

Auch der Hinweis darauf, daß die Eisenbahn ein Reparationsobjekt geworden ist und das Reich daher keinen oder nur geringen Nutzen davon hat, ist nicht stichhaltig. Das Deutsche Reich besteht heute noch aus 17 Ländern. Warum sollten nun gerade die acht Eisenbahnländer die Reparationslast allein tragen? Gerechterweise kann ihnen das nicht zugemutet werden. Aus dem Reich kommt der weitere Einwand, daß es seinen Etat nur mühsam balancieren könne und dieser unbedingt zum Defizitetat würde, wenn die Forderungen der Eisenbahnländer erfüllt werden sollten. Und die Länder? Diese Franken alle an Defizitetat, nicht zuletzt deshalb, weil das Reich, das ihnen die Steuerhoheit genommen hat, seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Mit Recht stellt Ministerialdirektor Dr. Gedrich in der „Sächsischen Staatszeitung“ die Frage: „Sind nicht die Rechtsverpflichtungen, die das Reich nach dem Staatsvertrag aus dem Verkauf der Länderbahnen an das Reich den Ländern gegenüber zu erfüllen hat, geldliche Verpflichtungen, die mit allen übrigen dergleichen Verpflichtungen des Reiches auf einer Stufe

rangieren, die also genau so, wie z. B. die Verpflichtungen des Reiches aus Beseuerungsverträgen, aus Kaufverträgen über Grundstücke oder wie die aus Dienstent-schädigungsverträgen seiner Beamten und Angestellten auf Bezahlung ihrer Bezüge, auf den Etat gebracht werden müssen und durch die Verpflichtung des Reiches zur Zahlung der Reparationen in keiner Weise berührt werden?“ „Es gibt“, sagt Dr. Gedrich weiter, „weder im Dawesplan noch im Londoner Abkommen und seinen Ausführungsgelesen eine Bestimmung, auf die der Reparationsagent einen Widerspruch gegen einen derartigen Abfindungsvertrag stützen oder auf Grund deren er der Erfüllung eines solchen Vertrages widersprechen könnte. Solange das Reich seine auf Gesetz und Vertrag gegründeten Schuldverpflichtungen gegenüber den Ländern aus der Eisenbahnabtretung nicht in seinen Etat einstellt, ist dieser unvollständig und für die Reparations-gläubiger irreführend.“

Man kann auch die Frage aufwerfen, warum das Reich nicht die Verzugsdividende von 51 170 000 M., die es aus den Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft alljährlich erhält, und die auch im Etat der allgemeinen Finanzverwaltung aufgeführt sind, verwendet, um seinen Verpflichtungen gegenüber den Ländern wenigstens einigermaßen nachzukommen. Das Reich hat Vorzugsaktien der Reichsbahn-Gesellschaft im Nennbetrag von 731 Millionen Reichsmark. Davon sind ihm 500 Millionen nach der Gesellschaftsatzung der Deutschen Reichsbahn zugesprochen, um 231 Millionen hat es aber aus eigenen Haushaltsmitteln erworben. Wenn das möglich war, so darf man fragen, ob dieser selbe Betrag nicht zur Deckung der Schulden des Reiches an die Länder hätte verwendet werden können. Mit Recht wird von Sachsen aus darauf hingewiesen, daß das Reich ja auch die Kapitalansprüche der Länder durch die Überlassung solcher Vorzugsaktien befriedigen könnte. Das will es aber nicht, sondern die Länder werden auf die Zeit vertröftet, wo das Reich wieder die freie Verfügung über die Eisenbahnen hat. Das heißt, die Sache soll auf die lange Bank geschoben werden. So wenig die Länder einer solchen Vertröftung auf eine ungewisse Zukunft zustimmen können, ebensowenig können sie auch damit einverstanden sein, daß das Reich bald diesem, bald jenem Land eine Abschlagszahlung gewährt, wie es beispielsweise Preußen und Bayern gegenüber schon geschehen ist.

Der sächsische Standpunkt, daß die Frage der Abfindung nicht nur eine juristische und finanzielle, sondern auch eine für die innere Politik und Wirtschaft bedeutsame ist, gilt in gleicher Weise auch für Baden. Wenn die Erfüllung des Kapitalanspruchs Badens vom Reich jetzt nicht und in absehbarer Zeit nicht befriedigt werden kann, so muß sich das Land jetzt schon durch Zuteilung von Stamm- und Vorzugsaktien seinen Anteil an den Eisenbahnen für die spätere Zukunft, in der die Eisenbahnen wieder frei von der Verpfändung für Reparationszwecke werden, sichern, dies auch zu dem Zweck, um auf die Verwaltung einer gewissen Einfluß, besonders auch in tariflicher Hinsicht, ausüben zu können.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der Frage stellt die „politische Seite“ in der „Deutschen Bodensee-Zeitung“ die Frage, ob wir mitten in einem Auflösungsprozess seien, wie ihn das Mittelalter als nationales Unglück gesehen und erlebt hat. Diese Frage zeigt, daß dort der Eindruck besteht, als seien die Klagen der Länder gegen das Reich von einer gewissen Reichsfeindlichkeit oder Reichsverdröffenheit diktiert, als gehe man darauf aus, dem Reich Schwierigkeiten zu bereiten. Eine solche Auffassung ist vollkommen irrig. Genau wie in der Frage des Sitzes im Verwaltungsrat der Reichsbahn haben die Länder, also auch Baden, auch in der Abfindungsfrage ein vertragliches Recht. Ihre Ansprüche sind vom Reich ausdrücklich anerkannt. Und wenn das Reich die Länderansprüche bestreitet, so bestreitet es etwas, was vertraglich und reichsgesetzlich bereits anerkannt ist. Diese Anerkennung geht auch daraus hervor, daß das Reich bei der Gründung der Reichsbahn-Gesellschaft die sämtlichen Eisenbahnländer in Abfindung für die Restkaufgelder von rund 8 Milliarden Mark zu einem Fünftel an den 13 Milliarden Stammaktien der Reichsbahn beteiligen wollte. Genau so wie die Verpflichtung zur Tilgung der Restkaufschuld vom Reich anerkannt ist, ist auch durch den Staatsvertrag vom 31. März 1920 die Verpflichtung zur Zinszahlung in Höhe von 4½ Prozent übernommen worden. Mit Recht bemerkt Dr. Gedrich in seiner Abhandlung, daß die Verzinsung der Eisenbahnschuld zu den laufenden Verpflichtungen des Reiches gehört, und eine Ignorierung dieser Verpflichtung mit dem Ansehen eines Rechtsstaates nicht vereinbar sei.

Für Baden bleibt also wie für die übrigen Eisenbahnländer die Tatsache bestehen, daß ihnen vom Reich zugemutet wird, die Reparationslasten allein zu tragen, wenigstens soweit die Eisenbahn in Frage kommt. Das ist ein unbilliges Verlangen. Die Frage, ob Baden seinerzeit als Eisenbahnland alljährlich allgemeine Steuern für die Eisenbahn aufwenden mußte, spielt hierbei keine Rolle, denn es handelt sich jetzt um den gesamten Vermögenswert der hingegebenen badischen Eisenbahnen. Der Rechtsanspruch der Länder und damit auch Badens ist reichsrechtlich und reichsgesetzlich anerkannt. Tatsache ist, daß wir in Baden kein Defizit im Etat zu verzeichnen hätten, wenn das Reich uns seit dem Jahre 1924 nur die Zinsen bezahlt hätte.

Infolge starken Auftretens der Grippe werden in Dortmund sämtliche Volks- und Mittelschulen vom 14. bis 23. Februar geschlossen.

## Der Winter

### Schnee von Schweden bis Florenz

W.B. Berlin, 14. Febr. (Tel.) Die Wolkendecke, die sich bereits in den letzten Tagen über Südosteuropa gebildet hat, ist im Laufe des gestrigen Abends und der vergangenen Nacht nach Mitteleuropa weitergewandert und hat sich mit einer größeren Wolkendecke aus den Ostseegebieten vereinigt. Die Folge dieser großen Wolkendecke ist starker Schneefall über ganz Mitteleuropa.

Nach den bei der hiesigen Wetterstation vorliegenden Nachrichten hat es in der vergangenen Nacht nicht nur in ganz Deutschland, mit Ausnahme einiger westlicher Gebiete, sondern auch in Schweden und den in Ost-, Südosten und Süden angrenzenden Ländern geschneit, so daß ganz Mitteleuropa von Schweden bis nach Ostitalien in der Gegend von Florenz unter einer fast einheitlichen Schneedecke liegt. Im Zusammenhang damit steht ein weiterer Rückgang der Kälte. In Ostdeutschland liegen überall die Temperaturen um 4 bis 5 Grad höher als gestern. Schlesien meldet 15 bis 16 Grad, Ostpreußen 12 Grad, die Ostsee Küste 10 bis 13 Grad. In Sachsen dagegen herrschen 20 Grad Kälte mit Schneefall, eine verhältnismäßig selten auftretende Erscheinung. In Westdeutschland liegen die Temperaturen durchschnittlich zwischen 19 und 21 Grad. Die Nordsee Küste hat noch immer 14 Grad Kälte. Von den Inseln werden 10 Grad Kälte gemeldet.

In weiterentlegenen Kreisen rechnet man damit, daß vorläufig die Temperaturen sich auch weiterhin noch auf ungefähr acht bis 10 Grad Kälte halten werden, ebenso stehen uns noch weitere Schneefälle bevor.

### Berlin im Schnee

W.B. Berlin, 14. Febr. (Tel.) Der gegen Mitternacht einsetzende Schneefall hat die ganze Nacht hindurch angehalten und dauert noch in den Vormittagsstunden fort. Die Temperaturen lagen etwas höher als an den Vor Tagen. Die tiefste Temperatur der Nacht war in der Innestadt -19 Grad, in den Außenbezirken -19,5 Grad. In den Morgenstunden stieg das Thermometer auf -14 und im Laufe des Vormittags auf -10 Grad. Bei dieser Art sich immer sehr tiefen Temperatur blieb der Schnee selbst in den verkehrsreicheren Straßen liegen. Die städtische Straßenreinigung und die Betriebsleitung der Berliner Straßenbahngesellschaft begannen bereits in der Nacht mit den Abwehrmaßnahmen gegen den Schnee. Die Straßenreinigung erhöhte ihr Stammpersonal auf 5000 und ließ sämtliche Verkehrsstraßen bestreuen. Gegen Morgen wurden auch die Schneepflüge eingesetzt. Der Frühverkehr ließ sich dank der Abwehrmaßnahmen ohne Verzögerung durchführen. Auch in dem Stadt- und Vorortverkehr der Reichsbahn kam es nirgends zu Störungen, da hier ebenfalls familiäre Vorkehrungen zum Schutze gegen den Schnee getroffen worden waren. Allerdings treffen die Fernzüge auch heute vormittag noch mit größeren Verspätungen hier ein, doch beruht dies weniger auf Störungen durch Schnee, als auf die bereits in den letzten Tagen aufgetretenen Störungen durch den Frost.

### Chronik des Winters

Infolge der Schwierigkeit der Beschaffung von Heizmaterial sind in Stuttgart die Schulen bis nächsten Montag geschlossen worden. — Auch in Breslau soll die Hälfte der Schulen geschlossen werden.

Der Wassermangel im bayerischen Gebirge wird ganz besonders im Glemgau allmählich zur Katastrophe. Fast alle Elektrizitätswerke stehen still. Seit 15 Jahren ist auch der Waldensee wieder zum erstenmal zugefroren.

Bei Großhappen im Norden von München wurden dieser Tage 35 Grad Kälte gemessen. Nach den Jahrbüchern der Bayerischen Landeswetterwarte ist die in München selbst festgestellte Tiefstemperatur von minus 29 Grad die zweittiefste Temperatur, die in der auf das Jahr 1895 zurückreichenden Münchener Beobachtungsreihe festgestellt wurde.

Der Berliner Magistrat stimmte der Bewilligung einer Sonderlohnrate für laufend Unterhaltete, Erwerbslose und andere Hilfsmittel in Höhe von einer Monatsrate zu. Ferner beschloß der Magistrat zwecks Erspargung von Heizmaterial, vom Freitag, den 15. d. M. an, bis Donnerstag, den 21. d. M., einschließlich, sämtliche Schulen zu schließen. Die Schulverwaltung wird beauftragt, in ergebendsten Teilen der Stadt dafür zu sorgen, daß einzelne Schulen, gut durchheizt, als Aufenthaltsort für die Schulkinder dienen können. Es sollen ferner von sofort an, ebenfalls bis 21. d. M., einschließlich, die Schwimmbäder, Bännen- und medizinischen Bäder geschlossen werden. Die Brausebäder sind offenzubehalten. Die Reichsbahnverwaltung soll ersucht werden, durch Einlegung besonderer Kohlenzüge zu ermäßigtem Tarif die Kohlenheranschaffung zu erleichtern.

In Rauen bei Berlin sind einem jungen Mädchen beide Beine bis zu den Knien heraus erfroren. Das Mädchen glaubte auch in dieser Kälte mit hauchdünnen Florstrümpfen gehen zu müssen. Nun werden ihr aller Wahrscheinlichkeit nach beide Beine abgenommen werden. Vom Berliner Gesundheitsamt erfährt die „Deutsche Zeitung“ hierzu, daß auch in anderen Fällen diejenigen Frostschäden erlitten haben, die zu leichte Strümpfe trugen.

Die Kälte ist auch heute, Donnerstag, in Paris noch im großen und ganzen die gleiche geblieben. Sogar auf der Seine treibt Eis. Nachdem gestern nachmittags eine Erwärmung bis minus 7 Grad eingetreten war, ist die Temperatur in der Nacht bis minus 15 Grad gesunken. Die niedrigste Temperatur in Frankreich wird aus Remiremont mit minus 30 Grad gemeldet. Velfort hat minus 8, Straßburg minus 15, Calais minus 9, Bordeaux minus 4, Vrest minus 1, Perpignan 0 Grad. Die telephonische Verbindung Lyon—Paris und Lyon—Marseille ist fast vollständig unterbrochen.

Die Direktion der Donau-Savo-Adria-Eisenbahn-Gesellschaft teilt mit: Die am Mittwoch den ganzen Tag über wütenden Schneestürme haben in Ungarn die Gleise mit 50 bis 200 Zentimeter dickem Schnee bedeckt, so daß die Züge nicht weiterkommen konnten, doch befinden sich sämtliche Züge auf Stationen. Der Verkehr auf sämtlichen Strecken der Donau-Savo-Adria-Eisenbahn ist eingestellt.

Auf den britischen Inseln hält das für dortige Verhältnisse sehr kalte Wetter an. In London wurde eine Kälte von 12 Grad gemessen. Es weht scharfer Ostwind.

Nach Nachrichten aus Varna und Burgas sind die bulgarischen Häfen im Schwarzen Meer bereit, ist für die Schifffahrt geschlossen. Es handelt sich hier um ein außerordentlich seltenes Vorkommnis, wie es seit 1849 nicht mehr beobachtet wurde. Man befürchtet den Ausbruch einer ernsten Krise in der Versorgung mit Lebensmitteln.

Das britische Kanonenboot „Moth“ ist an den Felsen von Weibster in der Nähe von Wutschau (China) gestern aufgelaufen. Das Schiff ist led. Die britischen Kriegsschiffe „Tarantula“ und „Moorhen“ liegen in der Nähe der „Moth“. Von Hongkong ist eine Rettungsmannschaft abgegangen.

Auf dem Ammoniakwerk in Merseburg wurden vier Arbeiter durch brennendes Betriebsgas, das einer unbedienten Stelle in der Leitung entströmte und sich entzündet hatte, verbrannt. Einer von ihnen ist gestorben, zwei sind schwer verletzt.

**Herabsetzung der deutschen Einwanderung nach Amerika**

**Angriffe im Senat gegen die Deutschamerikaner**

Der Einwanderungsausschuß des amerikanischen Senats beendete die öffentlichen Vernehmungen über Senator Wess Antrag, das Extraktrecht der Ursprungsklausel um ein weiteres Jahr zu verschieben. Für die Deutschamerikaner war Viktor Ribber von der „New-Yorker Staatszeitung“ erschienen. Gegen die Beibehaltung des gegenwärtigen deutschen Anteils sprach Senator Wess von Pennsylvania sowie zahlreiche Vertreter der sogenannten patriotischen Gesellschaften, darunter der American Legion, die erklärten, daß seit 1790 in Amerika ansässig gewesene britische Elemente müsse bevorzugt werden, weil der angelsächsische Charakter des Landes gewahrt werden. Auch habe Amerika im Weltkrieg schlechte Erfahrungen mit den Wehrpflichtigen deutscher Abstammung gemacht, von denen über die Hälfte am Kampf nicht teilgenommen hätten.

Die Abstimmung ergab vier Stimmen für und sieben gegen einen Aufschub, so daß der Antrag im Senat abgelehnt ist und vom 1. Juli an die deutsche Einwanderung von 51.227 auf 24.908 jährlich herabgesetzt, der britische Anteil dagegen auf 65.894 erhöht wird. Nach der Bestimmung des Einwanderungsgesetzes muß der Präsident die neuen Quoten vor dem 1. April proklamieren. Zweifelsfrei ist also nur, ob Präsident Coolidge dies vor dem 4. März tun oder es Hoover überlassen wird, der sich in seiner Rede, in der er die Nominierung zum Kandidaten der republikanischen Partei annahm, gegen die Ursprungsklausel aussprach und deren Aufhebung befürwortete.

**Die Polenbe r e c h t i g k e i t i n O b e r s c h l e s i e n**

Die Vermutung, daß die Auflösung des schlesischen Sejm die Verwirklichung des in erster Linie gegen die deutsche Minderheit gerichteten, hat durch die Verhaftung des bisherigen Abgeordneten Ullrich, des Direktors des Deutschen Volksbundes, in Katowitz, nachdem die Immunität durch die Auflösung des Sejm erloschen war, ihre Bestätigung gefunden. Durch diese Verhaftung wird die deutsche Minderheit in Oberschlesien einer ihrer Hauptstützen beraubt, da Ullrich als der beste Kenner des Geser'schen Abkommens für Oberschlesien gilt. Nur aus diesem Grunde suchte man schon seit langem nach Möglichkeiten, die Tätigkeit Ullrich's, die sich hauptsächlich auf Eingaben bei der gemischten Kommission und dem Völkerbund erstreckte, lahmzulegen. Der schlesische Sejm hat die feinerzeit geforderte Auslieferung Ullrich's abgelehnt, weil die Dokumente, die zur Anklage gegen ihn dienen sollten, offensichtlich gefälscht waren. Diese Verhaftung Ullrich's hat mehr noch als die Auflösung des schlesischen Sejm in allen Kreisen der oboerschlesischen Bevölkerung die größte Bestürzung hervorgerufen.

Die Frau des Verhafteten und der Deutsche Volksbund in Oberschlesien haben telegraphisch Beschwerde beim Völkerbundsekretariat in Genf eingereicht.

W.V. Warjahn, 14. Febr. (Tel.) Im Zusammenhang mit der Verhaftung des ehemaligen deutschen Abgeordneten Otto Ullrich, erklärt die „Polnische Telegrafagentur“, daß der Verhaftete angeklagt sei, gegen die Sicherheit des Staates tätig gewesen zu sein. Ferner werde er neben einer Reihe weiterer staatsfeindlicher Handlungen auch der Begünstigung von Fahnenflücht durch Dokumentenfälschung beschuldigt. Wie „Gryfek Poranny“ aus Katowitz meldet, soll man das Ullrich angeblich kompromittierende Material bei der im Februar 1926 in den Räumen des Deutschen Volksbundes durchgeführten Hausdurchsuchung gefunden haben.

Bei einer Schlägerei wegen eines Mädchens verletzten in Mohr bei Weiningen ein junger Bursche drei andere junge Leute durch Messerkämpfe. Einer starb bald darauf. Der Täter ist verhaftet.

**Kurzer Karnevalsrückblick**

Der Karneval 1929 hat in Karlsruhe insofern eine volle Entfaltung festnahmischer Treibens erreicht, als zum erstenmal nach hundert Jahren wieder die Große Karnevalsgesellschaft in Funktion trat und mit ihren Veranstaltungen das in Reinkultur verzapfte, was man rheinischen Karnevals humor nennt. Andererseits stand aber auch bei uns die diesjährige Fastnacht unter dem Druck der schlechten wirtschaftlichen Lage und der außerordentlichen Kälte.

Schon im vorigen Winter mußte man die Feststellung machen, daß um die Karnevalszeit herum der Bevölkerung der großen und mittleren Städte ein erhebliches Jubel an Bewegungen geboten wird. Um alle die Vergnügungen bewältigen zu können, mußte man ein Akt der physischer Kraft, frohlicher Stimmung und finanzieller Bewältigung sein. Faktisch sind aber die Herren des Großstädters diesem Trommelfeuern von festlichen Veranstaltungen nicht mehr gewachsen. Und der Geldbeutel ist es noch weniger!

So waren denn auch in Karlsruhe diesmal mehr Veranstaltungen, als im vorigen Winter, recht schlecht besucht. Das Publikum sparte sich seine Kräfte auf für den Wall des Vereins, dem man selber gerade angehörte, und daneben etwa noch für eine andere Veranstaltung, von der man sich etwas ganz Besonderes versprach. Am ehesten war es noch möglich, Fastnachtsbälle im kleinen Rahmen (Besucherzahl 2—300) zu füllen.

So war denn auch der diesjährige Rosenmontagsball des Karlsruher Pfefferweins in den mit wirklich außerordentlichem Geschmack geschmückten Räumen des „Germania“-Hotels sehr gut besucht. Wie immer, sah man auf diesem Ball die schönsten Frauen Karlsruhes und die apartesten Kostüme. Kein Wunder, daß der Rosenmontagsball einen überaus stimmungsvollen und harmonischen Verlauf nahm. Ausgezeichnet wurde er durch den Besuch des Staatspräsidenten Dr. Schmitt, des Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner und des Oberpostdirektors Kölmlein mit ihren Damen. Wenn der Abend in so erfreulicher Weise verlief, ist das mit ein Verdienst der Hotel-

**Badischer Teil**

**Westdeutsche Elektrizitätswirtschaft A.G.**

Zur Förderung der deutschen Elektrizitätswirtschaft haben sich nunmehr auch die großen west- und südwestdeutschen Elektrizitätsunternehmen zu einer gemeinsamen Gesellschaft der „Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft“, Aktiengesellschaft, mit dem Sitz in Frankfurt a. M., und mit einem Kapital von zunächst 1.000.000 M. nom. zusammengeschlossen. Zu den Gründern gehören das Badenwerk, die Braunkohlen-Industrie-A.G. Jünker, das Kommunale Elektrizitätswerk Marl, die Mainkraftwerke, das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk und die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen. Der Beitritt einer württembergischen Unternehmung ist in Aussicht genommen. Die Unternehmungen sind gleichmäßig an der Gesellschaft beteiligt und auch im Aufsichtsrat entsprechend vertreten. Zweck der Gesellschaft ist, die Zusammenarbeit zwischen den Energiewirtschaftsgebieten der genannten Unternehmungen durch Lösung gemeinsamer Aufgaben zu fördern.

Es ist außerdem durch diesen Zusammenschluß möglich, nunmehr auch den Westen an der von den Elektrowerken, der Preußenelektra und dem Badenwerk seinerzeit gegründeten A.-G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft zu beteiligen. Welche Bedeutung diesem Zusammenschluß gerade im Hinblick auf die Förderung der von der genannten A.-G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft verfolgten Ziele zukommt, geht daraus hervor, daß in den genannten Unternehmungen allein an dauernd investierten Kapitalien (Kapital und Anleihen) bis zu 4 Milliarden Reichsmark arbeiten. Die zusammengeschlossenen west- und südwestdeutschen Unternehmungen besitzen auch das wesentlichste Absatzgebiet Deutschlands und sind durch große Hochspannungsleitungen untereinander von den Alpen bis nach Nordwestdeutschland hinein zusammengeschlossen. Sie stellen sich daher als ein einheitliches, großes zusammenarbeitendes Ganzes dar, während dieses Ziel im übrigen Deutschland noch erreicht werden muß. Der Zweck der Verbundwirtschaft, den die in der A.-G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft bisher zusammengeschlossenen Unternehmungen durch diese Gesellschaft für ihr Gebiet noch anstreben, ist also in der westdeutschen Gesellschaft bereits in vorbildlicher Weise erfüllt.

Man kann daher den Zusammenschluß als eine glückliche Fortsetzung der angebahnten Bestrebungen, die ganze deutsche Elektrizitätswirtschaft in den großen Unternehmungen zur friedlichen gemeinsamen Arbeit zusammen zu bringen, nur begrüßen.

Wie wir hören, ist das Badenwerk in der neuen Gesellschaft im Vorstand durch Oberbaustat Dr. Feinle, im Aufsichtsrat durch Präsident Dr. Paul vertreten.

**In den Ruhestand**

Der langjährige Kassenverwalter des Gewerbeaufsichtsamts, Verwaltungsinspektor Kraus, tritt wegen leibender Gesundheit in den dauernden Ruhestand über. In ihm verliert das Amt einen allgemein geschätzten Beamten. Der Dienstvorsitz des Gewerbeaufsichtsamts überreichte dem Ausscheidenden eine Dankes- und Ehrenurkunde im Namen der gesamten Beamenschaft.

**Schwierigkeiten bei der Bodenseeregulierung**

Bei den Vorkahrungen, die für Sondierzwecke für die beabsichtigte Bodenseeregulierung vorgenommen wurden, sind in der Gegend von Schuppen-Hemmishofen-Mheimlingen sehr schlechte Untergrundverhältnisse vorgefunden worden. Bis auf eine Tiefe von 30 Metern stieß man nur auf Schlamm, auf dem es nicht möglich ist, das projektierte große Hemmishofener Regulierungswerk einzubauen. Die Sondierungen werden nun auf die Strecke zwischen der Hemmishofener Eisenbahnbrücke und Stein am Rhein ausgedehnt.

**Aus den Parteien**

Im Wahlkreis Karlsruhe-Land wurde der Landtagsabgeordnete Geh. Oberkirchenrat D. Mayer-Karlsruhe als Spitzenkandidat der Deutschnationalen Volkspartei aufgestellt.

**Ausstellung im Kunstverein Karlsruhe**

Zuerst eine Porträtgalerie von Richard Straßberger, Karlsruhe. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind die Bilder sehr ähnlich. Sie entwickeln sich aus einer bemerkenswerten technischen Geschicklichkeit, aber sie bleiben inhaltlos. Es entzieht jene Gattung, die man Salonmalerei nennen könnte, das viel geschätzte Salonbild, aber die Kritik übersehen dabei leicht, daß diese Art der Darstellung durchaus auch eine Sehnsucht befriedigt. Insofern also hat diese Malerei eine Art von Berechtigung und einen tiefen Sinn, sei er auch nur der, Folie für das andere zu sein. In die gleiche Gruppe wie Straßberger ist Camille Maclot einzureihen. Franz Wallische, Karlsruhe, hat den ganzen Hauptaal zur Verfügung. Er scheint ein stiller Mensch zu sein, diese Stille aber wirkt noch

**Der Winter in Baden**

Niedriger Wasserstand und Treibeis im Rhein

ld. Mannheim, 14. Febr. Da keine neuen Niederschläge für eine Ergänzung des Wasserpegels sorgen, nimmt der Wasserstand ab. Während der Rheinpegel normal einen Stand von über zwei Metern anzeigt — zwei Meter sind schon verhältnismäßig wenig — wurden am Mittwoch nur 1,67 Meter gemessen. Wenn diese Abnahme des Wasserstandes weiter fortschreitet, so tritt für die Schiffe eine Gefahr ein: Sie werden aufs Land gesetzt und können beschädigt werden, wenn sie auf eine ungleichmäßige Unterlage geraten. Die Eisbedeckung bedeutet für die meisten Schiffe keine ernsthafte Gefahr, denn die jetzt benutzten Schiffskörper bestehen durchweg aus Metall. Außerdem werden die Schiffe durch ihre tonijige Bauart durch das festlich an sie drückende Eis eher angehoben als ernstlich gequetscht. Noch weniger sind die im offenen Strom jetzt in Menge treibenden Eisgollen eine Gefahr, selbst wenn sie 30—40 Zentimeter stark sind. Um so gefährlicher ist das eigentliche Treibeis, das sich aus Grundeis gebildet hat. Diese erreichen allmählich eine beträchtliche Stärke und steigen durch den Auftrieb an die Oberfläche. Hier stellen sie, wenn auch in weit kleinerem Maßstabe, eine ähnliche Gefahr dar wie die Eisberge im freien Meere. Denn wie diese sind sie unter der Wasseroberfläche breiter als das sichtbar herausragende Stück. So werden die Schiffe sehr leicht beschädigt. In den letzten Tagen erlitten zwei Dampfer Schraubenbrüche und mußten abgeschleppt werden.

ld. Mannheim, 14. Febr. Die treibenden Eisgollen auf dem Neckar haben sich in den letzten Stunden gestaut und bilden jetzt eine geschlossene Eisbedeckung.

Einstellung der Schifffahrt auf dem Bodensee

Begen starker Eisbildung auf dem Bodensee mußte nun auch der Schiffsverkehr Friedrichshafen—Lindau eingestellt werden.

ld. Konstanz, 13. Febr. Der See „raucht“. Er tut dies seit einigen Tagen mit einer Intensität, die als Seltenheit bezeichnet werden kann. Die Luft ist kälter als das Wasser. Und so paßt sich dieses allmählich seiner Umgebung an, gibt die ihm noch innewohnenden Wärmeenergien an die kälteren Luftströmungen ab. Ein Zeichen dafür, daß es nun auch mit der Oberflächeneisbildung ernst wird. Die Eisbildung nimmt zu, und wenn es noch einige Tage mit dieser seltenen, bitterkalten Temperatur so weitergeht, wird man auch in alle Welt hinausfunken können, daß der Bodensee zugefroren ist. Es wäre dies seit 50 Jahren wieder das erstmal. Der Brenzinger Dafen ist jetzt vollständig zugefroren. Die Gassen von Namanshorn und Rorsbach müssen täglich vom Eise gesäubert werden. Auch der Mantelhafen in Überlingen zeigt schon eine Eisbedeckung. — In Konstanz selbst ist vorerst die Lage noch nicht so sehr ungünstig, denn der Konstanzter Dafen ist bis jetzt noch ziemlich eisfrei. Viele Wildschwäne kommen zuräutlich ans Ufer und lassen sich füttern.

**Aus der badischen Industrie**

Industrieanstellung in Bondorf. Die Seidenstoffspinnerei Stahl & Co. in Jülich wird in Bondorf in der nächsten Zeit auf einem Geländekomplex von 15.000 Quadratmetern drei Scheibebau in den ungefähren Ausmaßen von je 75x25 Metern errichten, in dem ein Filialbetrieb eröffnet werden soll. Bisher sollen 120 Frauen und Mädchen beschäftigt werden, nach dem Aufbaue des Werkes wird die Beschäftigungsziffer bis zu 400 Personen steigen.

Aus dem Gemeinderat Sickingen. Für die Errichtung eines weiteren Kraftpostverbindungs von Sickingen nach Herrschried im kommenden Sommerhalbjahr übernimmt die Stadtgemeinde in Verbindung mit der Gemeinde Herrschried die Garantie für etwaige Einnahmeausfälle. Angestrebt wird, die Kraftwagenverbindung nach Todtnoos an zwei Wochentagen, außer dem Sonntagskurs weiterzuführen. Zwecks beschleunigten Ausbaues der Straheneder Lehenhof-Schneidhof übernimmt die Stadtgemeinde, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses, bis zur Gewährung des Staatsbeitrages aus dem Kapital von 46.000 M den Zinsendienst.

Elektrizitätswerk Kirchzarten. Das vor 23 Jahren von der Gemeinde Kirchzarten an der Brugga errichtete Elektrizitätswerk hat sich recht gut entwickelt. Die Stromabgabe, die in den ersten Jahren rund 27.000 Kilowattstunden pro Jahr betrug, ist bei 400 Anschlüssen auf das dreifache, nämlich auf 85.000 Kilowattstunden, gestiegen. Das Werk kann mit einem Überschuß arbeiten.

ld. Kalsheim (bei Wertheim), 14. Febr. Infolge der strengen Kälte — am Dienstag 28 Grad unter Null — erhielt einer der Friedensbäume, welche 1871 um den Kapellenbrunnen gepflanzt wurden, einen über 4—5 Meter langen, kassenförmigen Riß.

nicht reich genug, um in einer so großen Sammlung standzuhalten. Dadurch wird manche Feinheit bewirkt. Hervorgehoben werden muß das Bild: Mädchen mit dem roten Hut, der den Künstler von seiner besten Seite zeigt. Professor Gutzewitz ist in einer karlsruher Tradition, die einmal eine sehr beachtete Stellung innerhalb der deutschen Kunst eingenommen hat. Es ist die Übertragung eines Naturvorbildes in einen lyrischen Gehalt, in das Einfache einer Stimmung. Die neuen Arbeiten von Gutzewitz, hauptsächlich landschaftliche Motive, aber auch ein Selbstbildnis und ein Mädchenbild, versuchen diese Gestaltungsart in etwas modifizierter Form Sprache auszudrücken. Das Resultat ist eine feine Stille und eine klare künstlerische Haltung. Schließlich ist noch Grapitt von Hans Schöppflin und Philipp Hermann angeführt, von letzterem ein paar schwingende und darstellerisch geladete Aste, die noch in starkem Widerspruch zur Auffassung der Landschaft stehen. Aber Herbert Garbe, Berlin, ist schon öfters geschrieben worden. Die Ausstellung wirkt hier sehr zufällig, so daß die eigenen, bedeutenden Qualitäten dieses Bildhauers nicht klar genug hervortreten.

Dr. Martin.

Ehrungen für Hermann Burte. Die Stadtverwaltung Lörrach wird zu Ehren des 50jährigen Geburtstags von Hermann Burte am Freitagabend einen besonderen Festsal veranstalten, zu dem die Einwohnerschaft eingeladen wurde. An den Festakt wird sich eine längere Festrede anschließen, die mit Regitätibus von Burtes Gedichten und von musikalischen Darbietungen umrahmt sein soll. Eine ähnliche Feier findet dann auch einige Tage später in Maulburg, der Heimatgemeinde des Dichters, statt. Die Gemeinde Maulburg, die Heimatgemeinde Hermann Burtes, bereitet ihm zu seinem am Freitag stattfindenden 50. Geburtstag eine besondere Ehrung vor. Am Nachmittag wird am Geburtshause die Erinnerungstafel enthüllt. Am Freitagabend findet die große Geburtstagsfeier statt, welche die Stadtverwaltung Lörrach einberief. Am Samstagabend ist dann in Maulburg eine besondere Feier, wobei der Dichter von feiten der Gemeinde noch besonder: geehrt werden wird.

Aus der Landeshauptstadt

Vorstand zur 2. Süddeutschen Gastwirktage in Karlsruhe
Zu Karlsruhe findet bekanntlich die 2. Süddeutsche Gastwirktage vom 27. April bis 7. Mai 1929 statt.

Analog der Gepflogenheiten der Preussischen Gastwirktage hat sich das Süddeutsche Gastwirktage eine eigenen Einkaufsmarkt geschaffen. Für die Tatsache, daß die Süddeutschen Gastwirktage selbst die Träger dieser süddeutschen Messe sind, ist gleich die erste Veranstaltung in Darmstadt im Jahre 1928 ein voller Erfolg gewesen.

Nachlassen der Kälte. Nachdem sich bereits gestern nachmittags ein Nachlassen der grimmigen Kälte bemerkbar gemacht hatte, trat über Nacht eine weitere Abschwächung des Frostes ein.

Große Verkehrsstörungen durch die Kälte. Die strenge Kälte bereitet auch dem Reichsbahnpersonal schwere Sorgen. Der Zugverkehr ist am Mittwoch wieder schwer ins Stocken geraten.

Goldene Hochzeit. Die Eheleute Subdirektor a. D. Johann Felsenberger begehen am 16. d. M. ihre Goldene Hochzeit. Der aus Osterburken stammende Jubilar lebt seit mehr als 50 Jahren in Karlsruhe.

Zur Vermeidung von Gasunfällen. Der außergewöhnlich harte und langanhaltende Frost hat zur Folge, daß sich in den Gasleitungen Wasser und Naphthalin in fester Form ansammeln.

10 Monate Gefängnis wegen Nichtbeachtung der Kraftfahrzeugvorschriften. Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich der 37jährige Kaufmann Willi Schäfer aus Karlsruhe vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten.

Colosseumtheater. Die Direktion teilt uns mit, daß die zur Zeit gastierende Schweizer Bühnenschauspiel am Freitag, den 15. d. M., unwiderruflich die letzte Vorstellung gibt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Von der Mittelmeerdepression ist Warnung mit höherem Feuchtigkeitsgehalt aus Polen nach Norden vorgegangen und führte zu Schneefällen.

Das Städtische Elektrizitätswerk Schwennungen von der RAG übernommen. In der heute, Donnerstag, vormittags in Stuttgart abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Württembergischen Landes-Elektrizitäts-A.G. Stuttgart wurde dem Antrag des Vorstandes zugestimmt.

Kurze Nachrichten aus Baden

bid. Mannheim, 13. Febr. Die Badische Girozentrale hat in der Auguststraße das Haus der Oberhessischen Versicherung gekauft.

bid. Mannheim, 13. Febr. Ein in den Baracken im ehemaligen Gefangenlager wohnender Kleiner fand heute früh beim Nachhausekommen seine Ehefrau, die ebenfalls zum Nachhausegang als Bedienung tätig war, vor der Wohnung leblos auf.

bid. Mannheim, 13. Febr. Zu der Nacht zum Mittwoch entstand im Hauptbahnhof ein Wasserrohrbruch. Das Wasser drang in den Speisepunkt der eigenen Stromversorgung des Bahnhofs ein und zerstörte dort die Anlagen.

bid. Schwetzingen, 14. Febr. Der für gestern vorgesehene Schweinemarkt mußte ausfallen, da wegen der grimmigen Kälte weder Händler noch Käufer erschienen waren.

bid. Wiesloch, 14. Febr. Im Alter von 74 Jahren ist der Mediziner Otto Balla nach längerer Krankheit verstorben; er war 23 Jahre lang bei der „Wieslocher Zeitung“ in der Redaktion tätig.

bid. Bruchsal, 14. Febr. Der Küfermeister Sebastian Schwanninger, Präsident des Bruchsaler Sommergesellschafts, begeht heute in seltener Müdigkeit seinen 80. Geburtstag. Seit 1902 hat er den damals von ihm junger gebrachten Sommergesellschaft geleitet.

bid. Forstheim, 14. Febr. Vor einigen Tagen wollte der 37jährige gelähmte Jubalide Gustav Wittich von Dillweihenstein in einer Badeanstalt ein heißes Bad nehmen. Der Wärter, der ihm das Bad herrichtete, ging auf einen Augenblick weg.

bid. Schöllbrunn (Am Eßlingen), 14. Febr. Gestern Nacht brach das Hauptrohr der hiesigen Wasserleitung, so daß die Straßen des oberen Ortsteiles von dem austretenden Wasser überflutet wurden.

bid. Malsch (bei Eßlingen), 14. Febr. Gestern haben wiederum vier Mädchen Malsch verlassen, um nach Amerika auszuwandern. Die Auswanderung aus Malsch nimmt bereits erhebliche Formen an.

bid. Malsch, 14. Febr. Der Stadtrat hat drei auswärtigen Milchhändlern, die Milch zum Verkauf brachten, welcher über 10 Brod. Wasser zugesetzt war, die Konzession entzogen.

bid. Freiburg, 13. Febr. Eine seit vielen Jahren hier nicht mehr beobachtete Erscheinung ist, daß die Straßenbäche sämtlich eingefroren sind. Städtische Arbeiter sind damit beschäftigt, die Eisbede zu brechen.

bid. Freiburg, 13. Febr. Hier starb im Alter von nahezu 78 Jahren Altstadtrat und Holzhandwerker Ferdinand Stier. Der Verstorbene war von 1908 an Mitglied der Stadtverwaltung.

bid. Freiburg, 13. Febr. Auf dem hiesigen Schlachthof ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen; der nächste Großviehmarkt und Schweinemarkt fällt daher aus.

bid. Freiburg, 14. Febr. Von allen Teilen des Oberrheins wird ein Wachsen der Treibeisengefahr gemeldet. Die Oberfläche des Flusses ist mit Eisschollen bedeckt.

bid. Freiburg, 14. Febr. Gestern abend wurde das Anwesen des Schmiedemeisters Franz Haber Keller im benachbarten Buchheim mit Wohnhaus und Ökonomiegebäude innerhalb weniger Stunden ein Opfer der Flammen.

bid. Freiburg, 13. Febr. Hier wurde der Buchdruckerbesitzer Friedrich Komer in Konstanz unter dem dringenden Verdacht des Verbrechens im Sinne der §§ 174 und 176 des RStGB verhaftet.

bid. Konstanz, 13. Febr. Hier wurde der Buchdruckerbesitzer Friedrich Komer in Konstanz unter dem dringenden Verdacht des Verbrechens im Sinne der §§ 174 und 176 des RStGB verhaftet.

bid. Landau, 13. Febr. Die Meldung, daß ein französischer Wachposten in Landau vor der Kaserne erfroren sei, worauf die Besatzung sämtliche Außenposten eingezogen habe, trifft nach einer Meldung aus Landau, nicht zu.

bid. Reutlingen a. S., 13. Febr. Die Kälte scheint in den pfälzischen Weinbergen ungeheuren Schaden angerichtet zu haben. Die bisherigen Feststellungen ergaben, daß die angebauten roten Reben nur eine Kälte von 17 Grad und die weißen eine solche von 20-21 Grad vertragen.

bid. Schwennungen a. N., 14. Febr. Gestern früh brach in der Dampfheizung des Schillertheaters Feuer aus. Bei der grimmigen Kälte von nahezu 30 Grad Minus froren die Schläuche und Spritzen der Behren sofort ein.

Handel und Wirtschaft
Berliner Preisnotierungen

Table with 5 columns: Location, Unit, Price, Date, and another Price. Rows include Amsterdam, Copenhagen, London, New York, Paris, Schweiz, and Wien.

Die Schwierigkeiten bei den Eisenwerten. Aus Berlin wird berichtet: Die Verwaltung der Eisenwerke Gagetanau A.-G. veröffentlicht zum neuerlichen Kursrückgang der Aktien der Gesellschaft eine längere Erklärung.

Waldin-Huber A.-G., Lederfabrik, Rahr i. S. Die erst jetzt zur Veröffentlichung gelangte Bilanz der Gesellschaft per 31. Dezember 1927 hinterläßt aus einem Fabrikationsgewinn von 208.207 M., nach 197.331 M. Generalabsetzungen und 9437 M. Abschreibungen, einen Reingewinn von 1439 M.

Brennholzpreise. Infolge der anhaltenden außergewöhnlichen Kälte ist die Nachfrage nach Brennholz auf dem platten Lande ungemein reger. Die Termine sind sehr stark befüllt, die Erlöse überschreiten die fortwährenden Anschläge ganz beträchtlich.

Staatsanzeiger

Dem Thüringer Museum Eisenach wurde die Erlaubnis zum Betrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 12. Februar 1929. Der Minister des Innern. Dr. A. Jung.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten. Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz: Ernannt: Gerichtsassessor Dr. Walter Bartholomäus aus Heidelberg zur Notar mit der Amtsbezeichnung „Justizrat“ in Aglasterhausen.



Badisches Landestheater

Freitag, 15. Februar \*F 17 (Freitagmiete) 17.-Gem. 2. S.-Or. und 151-200

Katharina Knie

von Rudmayer Regie: Daumbach Mitwirkende: Bertram, Frauendorfer, Genter, Piegler, Gauer, Fortschütz, Brand, Gemmede, Hierl, Just, Meib, Ruhe, Rehner, Müller, Schulze, v. d. Lenz

Colosseum

Nur noch bis 15. d. M. Wodie Alpenrosen blühen